

# Rotenkamp

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Ercheint wöchentlich nachm. Zugpreis bei Haus monat. 2500 M., durch die Post 2500 M. ohne Zustellgebühr. Druck u. Verlag: Rudolf-Gemeinschaft L. Band Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Verdenstr. 11. Fernr. 1443 1447 251. Schriftleitung: Ehrenstr. 17-19. 4-5 Uhr. Der Anzeigenpreis beträgt 120 M. für den 10. Zentimeter Höhe und Spalte, 700 M. für 10 Zeilen, auch an den ursprünglichen Lesertiteln. Anzeigen bis Sonntag 9 Uhr erheben. Sonstige Komm.- und Anzeigent. Halle. Verdenstr. 11. Fernr. 1443 1447 251.

Einzelpreis 150 Mark

Freitag, den 23. März 1923

3. Jahrgang, Nr. 70

## Rothbach sitzt — noch

Der heroische Kampf, den Severing mit höheren Mächten um Rothbach führt, hat vorläufig mit dem Siege des Ministers geendet. Rothbach hat noch in Haft. Gleichzeitig bekräftigt sich auch, daß, wie wir vorher sagten, der Untersuchungsrichter den Haftbefehl gegen Rothbach aufgehoben hat, weil freilich, eine Haft begründende Tatsache gegen den monarchistischen Landesminister nicht dargelegt seien. Womit wiederum die republikanische Justizverfassung der preussischen Räter erwieben ist. Severing hält Rothbach fest auf Grund eines aus Oberflächlichem vorliegenden Schutzhaftbefehls. Ein Schutzhaftbefehl, ein Blatt Papier, das ein falscher Gemeindeführer durch Augenblick in seinen Fingern kann, ist heute die einzige Sicherheit, die die Arbeiter vor Rothbach schützt.

## Rühbrings Schupo gegen Arbeiter

Königsberg, 22. März. In Stelle der von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Rühbring verbotenen Eisen-Ausstellung in der Versammlung fand eine kommunistische Mitgliederversammlung mit eingeführten Gästen statt. Die Versammlung hatte einen Teil der Revolutionszeit nicht mehr dagewesenen Massenbesuch aufzuweisen. Gewerkschaftshaus, Hof und Straße waren überfüllt. Wenig Minuten nach Beginn drang Schupo ein. Verhandlungen mit ihr blieben ergebnislos. Der Vertreter Rühbrings drohte mit der Anwendung aller Mittel, selbst wenn es zu Blutvergießen kommen sollte. — Massenangebot der Schupo, auch Vertreten, gegen auf.

Zu gleicher Zeit fand eine nationalistische Massenabendeung der Orgel an und geführt statt. Unter der Arbeiterschaft herrscht eine gewaltige Empörung. Rühbring steht nur die politischen Konsequenzen der Severing-Politik, er schlägt mit seiner Schupo gegen links und auf die Arbeiterfront und ist für die Verarmungszeit der Arbeiter. Selbsthaft der Arbeiter werden organisatorische sozialdemokratische Komitee und gegen die Polizei. Das leidet aus das Rühbring-Attentat auf die Arbeiter des Proletariats.

## Die Arbeiterräte klagen über kommunistischen Landesverrat

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst, der ansehnend auch von der Pressebeurteilung der Ruhrkorruption nicht, meldet aus dem Kreise Wörs (und der Zeiger „Volksbote“) drückt in seinem Kommunistenfolger den Wörs (noch). Dort wurden alle Versammlungen, mit Ausnahme der Versammlungen von Selbstgeschützten und der Kommunisten, verboten. An die Werbung knüpft der nationalliberale Sozialdemokrat Wg. Sollmann-Köln folgende Betrachtung: „Daß die Kommunisten sich einer so wohlwollenden und liebevollen Behandlung der Besatzungsbesitzer erfreuen, braucht weiter nicht wunder zu machen, wenn man daran erinnert, daß im März 1921 die Kommunisten im Bezirk Wörs sich sofort mit dem Landesverrat Emeets verbunden und in einer gemeinsamen Sitzung folgendes Telegramm an die hohe Interalliierte Kommission in Koblenz formulierten und abschickten: „Als Vertreter von 30 000 Arbeitern aus dem Wörser Industriegebiet bitten wir die H. V. um Hilfe in unserem Kampfe gegen die preussische Reaktion und den verhassten Militarismus. Wir sind Untertanen der Rheinischen Republik. Wir bitten um Freilassung der durch den Streik Inhaftierten und sind bereit, in diesem Falle die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.“ Am Jahre 1921, als die Vaterlandslisten Severing und Höppling die Arbeiterfront in Mitteldeutschland in der höchsten Weise provozierten, um der Bourgeoisie zu beweisen, daß die Sozialdemokraten lieber bis an die Knie in Arbeiterblut waten, als im Interesse der Arbeiterschaft auch nur einen Finger krümmen zu machen, da traten die Arbeiter im Wörser Gebiet in den Streik. Ein Teil der inhaftierten Arbeiter ließ sich leider in Empörung über den Emeets für die Landhändler einfließen. Mit dieser Angelegenheit hatte die kommunistische Partei nichts zu tun. Um sich über die Vorgänge in Wörs zu informieren, schickte die Bezirksleitung der KPD, Mittelrhein, der damals noch der heutige SPD-Reichstagsabgeordnete Fries-Köln angehörte, den Redakteur der Partei von der „Sozialistischen Republik“ nach Wörs als Berichterstatter. Es gelang Barfels, in eine Sitzung der Emeetsleute und der Embdialisten hineinkommen, und eben diese Sitzung, an der auch Emeets teilnahm, wurde von den Belgiern aufgehoben, und selbst Emeets, der sich durch Vorhalten seiner „Rheinischen Republik“ (Organ der Sonderländer) den Belgiern gegenüber legitimieren wollte, wurde förmlich mißhandelt. Diese Mißhandlung galt, wie Emeets unserem Gewährsmann, dem Redakteur Stahl von der „Sozialistischen Republik“, damals verstreute, dem Redakteur der kommunistischen „Sozialistischen Republik“, dessen Anwesenheit den Belgiern durch deutsche Polizisten verriet worden war. Sollmann hat also gesehen, genau so wie der Stampfer „Vorwärts“ und das Zeiger „Volksblätter“!

## Neue Mordattentate in Vorbereitung

Ein Attentatsplan gegen Genossin Zeitkin — Hausdurchsuchungen bei der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“, Schutzhaftbefehle gegen Wulle, Henning und von Gräfe

(Eigener Bericht)

Berlin, 22. März. Im Weltgespräch des Preussischen Landtags wurden heute folgende Tatsachen bekanntgegeben: 1. Der Polizeiminister Severing ist neuen Plänen zu Minister werden auf die Spur gekommen, die bereits ernsthaft Gestalt angenommen hätten. 2. Der Reichsminister des Inneren, von Rosenber, hat dem Polizeipräsidenten v. Kardorff anheimgelassen, darauf hinzuwirken, daß die Ausprüche über die Vorfälle und Entdeckungen im Preussischen Landtag unterdrückt wird.

Kein Tag vergeht mehr ohne eine neue politische Sensation. Jeden Tag wird, trotz kämpfender Berathungsvorläufe, eine neue Verschwörung der monarchistischen Putschisten aufgedeckt. Kaum war die große Monarchistenverschwörung der im „Völkischen Bund“ organisierten und mit dem Gelde der deutschen Industriellen ausgehaltenen Hiltnerbanden, die in Verbindung mit der Führerschaft in Frankreich im Interesse auf eine Auflösung Bayerns von Reich und Errichtung einer Donaumonarchie abzielte, in ihrem vollen Umfange bekannt geworden, so berichtete man aus Frankfurt a. M., daß auch dort die „Deutschvölkischen“ und „Preussisch-deutschen“ Putschisten des Völkischen Bundes mit dem französischen „Erbfeind“ Beziehungen angeknüpft hätten, um Automobils- und Kriegsmaterial für einen mit der Sprengung eines jüdischen Wohnhauses einen Putsch einzuleiten. Gleichzeitig wurde in Berlin Rothbach mit einigen seiner Kumpane verhaftet, weil er „gerichtlich Frankreich“ will, und erhebliches Material dafür herbeigekommen ist, daß die Putschpläne drauf und drauf sind, den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet mit Hilfe der deutschvölkischen und deutschnationalen Organisationen zu organisieren.

War die Verhaftung Rothbachs bereits eine Befähigung dafür, daß die bisher von der Reichs- und Staatsregierung abgelehnten und in alle Einzelheiten gefassten Vorbereitungen für einen großen allgemeinen Putschistenputsch Tatsache sind, so gibt der weitere Verlauf der einmal ins Rollen gekommenen Entwürfe ein geradezu erschreckendes Bild von der ungeheuren Gefahr, die die Republik und vor allem das deutsche Proletariat bedrohen.

Für den heutigen Freitag ist eine große Rede Severings zur Beantwortung der von der WPD gestellten Anfrage über die deutschvölkischen Putschpläne im Preussischen Landtag angekündigt. Herr Severing, dem alle Pläne der deutschvölkischen Verschwörer längst bekannt sind und über die Bundesgenossenschaft des Reichswehrgenerals Goetz sehr wohl informiert ist, aber von Ebert und der Regierung Cuno aus „außenpolitischen Gründen“ zum Schweigen gezwungen wurde, kommt in ein fürchterliches Gedächtnis. Er hatte sich, wie wir an Hand der Mitteilungen des Berliner „Schwarz-Abendblattes“ am Dienstag bereits zeigten, keine Rede als eine Pause gegen die Kommunisten gedacht. In dem Moment, da er sich zu seiner Rede vorbereitete, steht sich sein Genosse Leinert als Präsident des Preussischen Landtags gebrannt, Mitteilung von neuen Mordplänen gegen Minister zu machen. Gleichzeitig wird bekannt, daß am Donnerstagvormittag im Bureau der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ in der Delfauer Straße zu Berlin und gleichzeitig u. a. auch in Kassel, Erfurt, Halberstadt, Hannover, Köln, Magdeburg, Merseburg, Minden, Naumburg, Stollp. K. Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Diese Hausdurchsuchungen haben, obwohl sie, wie das „Schwarz-Abendblatt“ berichtet, von der Schutzpolizei verpfiffen, die Führer zum Teil gefesselt und ihrem Inhalt so wie als möglich in das innere Reich transportiert, doch die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ im Reichslage verbracht war, erhebliches Material gegen die deutschvölkische Freiheitspartei junger gezeigert.

Im Anschluß hat die Abteilung in Berlin fest — nach einer anderen Meldung vierzehn — führende Persönlichkeiten der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ verhaftet, unter anderen Kaufmann Schulz aus Kasselhof, Leiter der dortigen Ortsgruppe, Kaufmann Kinkel, Leiter der Ortsgruppe Schöneberg, Major Schröder, Leiter der Organisationsabteilung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“, zur Redden, Hilfsredakteur der „Deutschen Zeitung“, Kaufmann Meyer, Leiter der Ortsgruppe Wilmersdorf. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen. Die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ selbst gibt in ihrer Erklärung zu den Verhaftungen an, daß ihr aneignend von einem Spitzel —

ein Attentat auf Genossin Alara Zeitkin vorgefahnen worden sei. Die sehr ersten Dinge gehen weiter. „Der Tag“ berichtet in seiner Nachtausgabe aus „völlig autoritativer Quelle“, daß vom Leiter der politischen Polizei im Laufe des Donnerstag gegen die Reichstagsabgeordneten u. Gräfe, Wulle und Major a. D. Hennig, „Schutzhaftbefehle“ ergaht wurden, die „vorausichtlich noch in den Abendstunden vollzogen werden sollten“.

Seite morgen wird diese Nachricht durch eine WTB-Meldung demontiert. Aber es besteht nach allem dem Zweifel mehr darüber, daß das Material für eine Verhaftung ausreicht. Wenn sie nicht erfolgt, so sicherlich aus dem Grunde, weil die Führer der Mordverschwörer als Abgeordnete immun sind und nicht verhaftet werden können, bevor der Reichstag ihre Immunität nicht aufgehoben hat, und vor allem dann auch, weil man immer noch befreit ist, zu verurteilen, da man die weiteren Kompromittierungen bis ins Reichswahrschminzium hinein fürchtet.

Es versteht sich ganz von selbst, daß die deutschvölkischen und die deutschnationalen die Verschwörungen als harmlose Konzepte hinstellen bezwecken. So sagt „Der Tag“ in seiner gestrigen Nachtausgabe — heute werden es die Putschblätter der „Kronung vom Schicksal der Zeitung“ und der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“ nachbeten, zu den Verhaftungen, daß die ganze Aktion der Staatsregierung lediglich auf Angebieren juristisch führen sein dürfte, über die in fürchterlicher Klarheit verbreitet werden wird.“ Im Gegensatz zu den Münchener Kreisen hatten die norddeutschen, so schreibt das Blatt wörtlich, Organisationen ihre Mitglieder in der letzten Zeit durchaus zur Besonnenheit und Zurückhaltung ermahnt. Es wird also gelogen und zugleich behauptet, was bisher selbstgeheißt ist. Natürlich mag in den letzten Tagen, angehängt der Entwürfen, die Tag für Tag erfolgten, zur Zurückhaltung gemahnt worden sein, um den ganzen Plan nicht zu gefährden. Insbesondere mag der Reichswahrschminzium Sedt etwas mehr in den Hintergrund getreten sein, um seine, durch die Verhaftungen der „Roten Fahren“ bekanntgemachte Mitverhaftung verurteilen. Aber Panzert und Wulle ist es, wenn die deutschvölkischen und die deutschnationalen Kreise die schicksalhaften Putschisten als harmlose Leute hinstellen sucht, indem sie schreibt:

„Es kann nicht bestritten werden, daß politisch untreue Abenteuererinnen hier und dort in unbedachten Akten von der Hande mit der Waife labeln. Aber sie sind doch deshalb harmlos, weil sie weder Waffen, noch Geld, noch größere Anhängerschaften, die die kriegswichtigen Unterhaltungen, die Bestellungen des Landheeres, über die wir berichteten, die fähigen Aufstellungen von Waffenlagern und die militärischen Aufstellungen, alles ist nichts, D. Red.) haben. Daneben aber finden sich auch ernsthafte bürgerliche solide Erzeugnisse, die dem Gang des Deutschen zur Weiteinmischung nicht widerstehen können und in ihren schicksalhaften Führerschaften, die Bestellungen des Landheeres, über die wir berichteten, die fähigen Aufstellungen von Waffenlagern und die militärischen Aufstellungen, alles ist nichts, D. Red.) haben. Daneben aber finden sich auch ernsthafte bürgerliche solide Erzeugnisse, die dem Gang des Deutschen zur Weiteinmischung nicht widerstehen können und in ihren schicksalhaften Führerschaften, die Bestellungen des Landheeres, über die wir berichteten, die fähigen Aufstellungen von Waffenlagern und die militärischen Aufstellungen, alles ist nichts, D. Red.) haben.“

Die Gräfe, Goldebe, Wulle und Henning mögen Abenteuererinnen sein und dort in unbedachten Akten von der Hande mit der Waife labeln. Aber sie sind doch deshalb harmlos, weil sie weder Waffen, noch Geld, noch größere Anhängerschaften, die die kriegswichtigen Unterhaltungen, die Bestellungen des Landheeres, über die wir berichteten, die fähigen Aufstellungen von Waffenlagern und die militärischen Aufstellungen, alles ist nichts, D. Red.) haben. Daneben aber finden sich auch ernsthafte bürgerliche solide Erzeugnisse, die dem Gang des Deutschen zur Weiteinmischung nicht widerstehen können und in ihren schicksalhaften Führerschaften, die Bestellungen des Landheeres, über die wir berichteten, die fähigen Aufstellungen von Waffenlagern und die militärischen Aufstellungen, alles ist nichts, D. Red.) haben.“

Rothbach und seine Kumpane wollen den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet und den falschlichen Putsch im unbesetzten Deutschland. Was wollen die ernsthaften Leitartikel der Deutschnationalen? Was wollen die Stinneskapitalisten und die Regierung? In der „Deutschen Zeitung“ wertet Maurenbrecher gegen die ewige Passivität, gegen das Verhalten mit Voincaré, und in derselben Nachtausgabe des „Tag“, aus der wir das obige Zitat entnommen haben, steht in einem Leitartikel, „Passiver Widerstand — aktive Politik“ zu lesen:

„Hinter dieser Erwägung müssen alle hängigen Gedanken gegen aktive Maßnahmen zurücktreten. Sind wir nicht mehr imstande, uns zu dem Entschluß der Regierung anzuschließen, dann bleibt nicht anderes übrig, als uns, wie der Sturm im Staube, getreten zu lassen. Aber so weit hat, Gottlob, noch nicht; Gewalt gegen Gewalt; das ist das Recht der Rotwehr!“

Die „ernsthaften“ Politiker wollen also genau dasselbe was Rothbach und die Deutschvölkischen wollen. Wäre Politik gegen Voincaré, um die offenen Kampf zu provozieren. Was tun Cuno? Er ist eben mit einigen Ministern nach Barren gereist, um auf seine neue viel vollere Einvernehmen mit der Dreifachregierung Anklage Schmeizer zu dokumentieren, die sich eben noch weigerte die Putschorganisationen der Hiltner und Konforten aufzulösen, und im Landtag erklärte, die Entschreibung des Staatsgerichtshofes über das Verbot der Nationalsozialistischen Partei sei für Bayern nicht bindend. Die Stinnessozialisten aber bringen in Oberflächlich und in Mitteldeutschland die falschlichen Sturmtrupps in den Bergwerken unter, um, wie im Gleichwitz Revier, die Arbeiter erfür Pfaffen zu werfen.

# Die nationale Einheitsfront

„Kommunisten und Franzosen arbeiten Hand in Hand.“ Unter dem Saug der französischen Bajonette wollen die Kommunisten ihre Herrschaft ausüben. Keine Frage ist zu plump, daß sie nicht von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Führern getrieben worden. Insbesondere die sozialdemokratische Presse leitet in diesem Eigenlobzug ganz hervorragendes, um die Mitglieder der SPD, von ihrer Empörung gegen die Politik des Parteivorstandes abzubringen. Und trotz des Verbotes der kommunistischen Zeitungen im Ruhrgebiet, trotz der Verhaftung der Parteifunktionäre, trotz des Auslieferungsbotes der französischen und englischen Genossen zur Französischen Konferenz, trotz der Verhaftung des Genossen Höllein in Paris geht diese Verleumdung weiter, nur um die bürgerliche Haltung der SPD zu verdeutlichen.

Hat das Bürgertum sich das sozialdemokratische Feigenblatt für seine reaktionäre Politik bisher gefallen lassen, so wird jetzt die Sozialdemokratie offen gegen die Arbeiterklasse ausgekehrt. Ganz ohne jetzt selbst das Unternehmertum den Arbeitern die verriechnete Rolle, die die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer in ihrer Betätigung in der nationalen Einheitsfront spielen. Die Industriellen sollen durch ihre gelben Gewerkschaften ein Flugblatt verbreiten, in dem zum gemeinsamen Zusammenrücken des gesamten Volkes auferordert wird. Begleitet wird diese nationale Einheitsfront mit Plakaten aus dem „Bormärts“ und einem Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Zeigt schon der Text des Flugblattes nahe Gemeinheiten der Sozialdemokratie mit den Arbeitern, so läßt ein Anblich der beiden Verfassungen der Metallindustriellen keinen Zweifel mehr darüber, daß die sozialdemokratischen Führer mit ihrer nationalen Arbeitsgemeinschaftspolitik nichts anderes tun als u. . . leidet des Unternehmertums. In diesem Kundendienst heißt es:

„Um gewissen Industriellen Elementen entgegen zu arbeiten, ist bedingendes Flugblatt an geeignete Arbeiter weiterzugeben oder an geeigneter Stelle anzubringen.“ „Bormärts“, Bergarbeiterverbände, gelbe Verbände, Verband der Metallindustriellen — darauf ist die Einheitsfront, wie sie immer schon Sozialdemokraten und Sozialisten des J. D. H. Schulz unter dem Schlag „Deutschland über alles“ hat wünscht.

Der jetzt den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fällt, ist ein elender Verräter der deutschen Arbeiter“, heißt es in dem oben zitierten Flugblatt. Aber die Anforderungen stellt, hat den Ernst der Situation nicht begriffen und denkt nicht national“, sagt Grahmann, der 2. Vorsitzende des A.D.G. „Der Ausfall der Arbeiterklasse muß durch Mehrarbeit der mitteldeutschen Bergarbeiter ausgeglichen werden“, heißt es ferner zum Bergarbeiterverband in dem Moment, wo im ganzen Besitz die Arbeitslosigkeit tiefste Dimensionen annimmt.

Die Arbeiterklasse erkennt immer mehr, daß in der nationalen Einheitsfront ihre Interessen nicht gewahrt werden können. Die internationale Konferenz in Frankfurt hat bereits ein lehrhaftes Echo bei allen Arbeitern gefunden, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland. Immer mehr drängen die Arbeitermassen zum Klassenkampf. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die eine ihrer Positionen nicht bei anderen zusammenzubringen können, sind nicht anders retten, als daß sie die vorwärtsgehenden Elemente aus den Gewerkschaften hinauswerfen. In Deutschland ist der Versuch der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften zu verlassen, bisher nicht gelungen, er ist gelichtert an dem Widerstand der kommunistischen Partei. In Belgien begnügt sich der Bergarbeiterverband nicht mit dem Ausschluß einzelner Mitglieder,



Originalzeichnung von George Grosz.

Wie sich die Stamper (mit ihrer Kommunistenbete), Gesse (Ueberführten! Ueberführten!), J. D. H. Schulz (Deutschland, Deutschland über alles!) in der nationalen Einheitsfront betätigen.

Leidern der Nationalkonferenz der Bergarbeiter hat fast einstimmig beschlossen, sämtliche Kommunisten aus dem Verband auszuscheiden. Die Kommunisten sind den Unternehmern gefällig, folglich müssen die getrunnen Verlusten des Unternehmertums für unbillig machen. Was geltend in Belgien gelbesch ist, kann morgen in Deutschland geschehen. Für die Arbeiterklasse gibt es deshalb nur eine Möglichkeit, wenn sie ihre Organisationen erhalten wollen: die Elemente abzustufen, die in reaktionärer Weise den Burgfrieden halten, statt den Klassenkampf zu führen.

## Genosse Kilia:

Die demokratischen Staaten sind unfähig zur Ueberwindung der Krisisslagen. Der ganze Wiederbau ist auf die Sicherung und Steigerung des Kapitalismus eingeleitet. Die preussische Regierung hat erklärt, daß im kommenden Jahre überhöchstens 30 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Das bedeutet bei dem Bedarf von einer Million Wohnungen die Bankrotterklärung. Das Ministerium bleibt obdachlos oder geht er in den ungeliebten Genossenschaften zugrunde, während die Arbeiter sich nach wie vor in den Elfenbeintürmen der Reichshauptstadt (Frankfurt) befinden. Die Mittel zum Wohnungsbau werden heute ausschließlich von der Arbeiterschaft ausgebracht. Sie werden zur Verbesserung bei der Arbeit angetrieben und zahlen mit dem größten Teil der Einkommensteuer aus das Geld, von dem Reich und Staaten Zuschüsse gemäktern. Trotz alledem will die Sozialdemokratie den Mietern noch immer höhere Sätze an Miete, Zinssätzen und Wohnungsbaubausgabe ausgeben. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft auf dem Bankrott und Grundstücksmarkt den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln zur Unmöglichkeit macht. Sie wagt es nicht in Reich, Staat und Gemeinden auf solche Heranziehung der Behelnden zur Steuerleistung durch Erlangung der Schwere zu bringen. Wenn die Arbeiter in den bescheidenen Wohnungen wäuben, die Steuern müßten nach der rechtlichen Verhältnisse zu zahlen, dann würde ohne weiteres der jährliche Betrag dessen aufkommen, was heute für den Wohnungsbau nötig ist. (Sehr richtig! links.) Die Siedlungsunternehmungen schaffen meist nur neue proletarische Elfenbeintürme oder begünstigten Kapitalismus, Marinestützpunkte und ähnliches monarchistisches Wohnvergnügen. Das hat schon ein alter Bericht des Reichsministeriums zu sehen müssen. Den Bauproduktionen gesellschaftlichen Aufgaben wird wohlwollend gegenüber. Es würde aber verfehlt sein,

## Genosse Kilia:

Die demokratischen Staaten sind unfähig zur Ueberwindung der Krisisslagen. Der ganze Wiederbau ist auf die Sicherung und Steigerung des Kapitalismus eingeleitet. Die preussische Regierung hat erklärt, daß im kommenden Jahre überhöchstens 30 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Das bedeutet bei dem Bedarf von einer Million Wohnungen die Bankrotterklärung. Das Ministerium bleibt obdachlos oder geht er in den ungeliebten Genossenschaften zugrunde, während die Arbeiter sich nach wie vor in den Elfenbeintürmen der Reichshauptstadt (Frankfurt) befinden. Die Mittel zum Wohnungsbau werden heute ausschließlich von der Arbeiterschaft ausgebracht. Sie werden zur Verbesserung bei der Arbeit angetrieben und zahlen mit dem größten Teil der Einkommensteuer aus das Geld, von dem Reich und Staaten Zuschüsse gemäktern. Trotz alledem will die Sozialdemokratie den Mietern noch immer höhere Sätze an Miete, Zinssätzen und Wohnungsbaubausgabe ausgeben. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft auf dem Bankrott und Grundstücksmarkt den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln zur Unmöglichkeit macht. Sie wagt es nicht in Reich, Staat und Gemeinden auf solche Heranziehung der Behelnden zur Steuerleistung durch Erlangung der Schwere zu bringen. Wenn die Arbeiter in den bescheidenen Wohnungen wäuben, die Steuern müßten nach der rechtlichen Verhältnisse zu zahlen, dann würde ohne weiteres der jährliche Betrag dessen aufkommen, was heute für den Wohnungsbau nötig ist. (Sehr richtig! links.) Die Siedlungsunternehmungen schaffen meist nur neue proletarische Elfenbeintürme oder begünstigten Kapitalismus, Marinestützpunkte und ähnliches monarchistisches Wohnvergnügen. Das hat schon ein alter Bericht des Reichsministeriums zu sehen müssen. Den Bauproduktionen gesellschaftlichen Aufgaben wird wohlwollend gegenüber. Es würde aber verfehlt sein,

## Genosse Kilia:

Die demokratischen Staaten sind unfähig zur Ueberwindung der Krisisslagen. Der ganze Wiederbau ist auf die Sicherung und Steigerung des Kapitalismus eingeleitet. Die preussische Regierung hat erklärt, daß im kommenden Jahre überhöchstens 30 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Das bedeutet bei dem Bedarf von einer Million Wohnungen die Bankrotterklärung. Das Ministerium bleibt obdachlos oder geht er in den ungeliebten Genossenschaften zugrunde, während die Arbeiter sich nach wie vor in den Elfenbeintürmen der Reichshauptstadt (Frankfurt) befinden. Die Mittel zum Wohnungsbau werden heute ausschließlich von der Arbeiterschaft ausgebracht. Sie werden zur Verbesserung bei der Arbeit angetrieben und zahlen mit dem größten Teil der Einkommensteuer aus das Geld, von dem Reich und Staaten Zuschüsse gemäktern. Trotz alledem will die Sozialdemokratie den Mietern noch immer höhere Sätze an Miete, Zinssätzen und Wohnungsbaubausgabe ausgeben. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft auf dem Bankrott und Grundstücksmarkt den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln zur Unmöglichkeit macht. Sie wagt es nicht in Reich, Staat und Gemeinden auf solche Heranziehung der Behelnden zur Steuerleistung durch Erlangung der Schwere zu bringen. Wenn die Arbeiter in den bescheidenen Wohnungen wäuben, die Steuern müßten nach der rechtlichen Verhältnisse zu zahlen, dann würde ohne weiteres der jährliche Betrag dessen aufkommen, was heute für den Wohnungsbau nötig ist. (Sehr richtig! links.) Die Siedlungsunternehmungen schaffen meist nur neue proletarische Elfenbeintürme oder begünstigten Kapitalismus, Marinestützpunkte und ähnliches monarchistisches Wohnvergnügen. Das hat schon ein alter Bericht des Reichsministeriums zu sehen müssen. Den Bauproduktionen gesellschaftlichen Aufgaben wird wohlwollend gegenüber. Es würde aber verfehlt sein,

## Genosse Kilia:

Die demokratischen Staaten sind unfähig zur Ueberwindung der Krisisslagen. Der ganze Wiederbau ist auf die Sicherung und Steigerung des Kapitalismus eingeleitet. Die preussische Regierung hat erklärt, daß im kommenden Jahre überhöchstens 30 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Das bedeutet bei dem Bedarf von einer Million Wohnungen die Bankrotterklärung. Das Ministerium bleibt obdachlos oder geht er in den ungeliebten Genossenschaften zugrunde, während die Arbeiter sich nach wie vor in den Elfenbeintürmen der Reichshauptstadt (Frankfurt) befinden. Die Mittel zum Wohnungsbau werden heute ausschließlich von der Arbeiterschaft ausgebracht. Sie werden zur Verbesserung bei der Arbeit angetrieben und zahlen mit dem größten Teil der Einkommensteuer aus das Geld, von dem Reich und Staaten Zuschüsse gemäktern. Trotz alledem will die Sozialdemokratie den Mietern noch immer höhere Sätze an Miete, Zinssätzen und Wohnungsbaubausgabe ausgeben. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft auf dem Bankrott und Grundstücksmarkt den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln zur Unmöglichkeit macht. Sie wagt es nicht in Reich, Staat und Gemeinden auf solche Heranziehung der Behelnden zur Steuerleistung durch Erlangung der Schwere zu bringen. Wenn die Arbeiter in den bescheidenen Wohnungen wäuben, die Steuern müßten nach der rechtlichen Verhältnisse zu zahlen, dann würde ohne weiteres der jährliche Betrag dessen aufkommen, was heute für den Wohnungsbau nötig ist. (Sehr richtig! links.) Die Siedlungsunternehmungen schaffen meist nur neue proletarische Elfenbeintürme oder begünstigten Kapitalismus, Marinestützpunkte und ähnliches monarchistisches Wohnvergnügen. Das hat schon ein alter Bericht des Reichsministeriums zu sehen müssen. Den Bauproduktionen gesellschaftlichen Aufgaben wird wohlwollend gegenüber. Es würde aber verfehlt sein,

## Genosse Kilia:

Die demokratischen Staaten sind unfähig zur Ueberwindung der Krisisslagen. Der ganze Wiederbau ist auf die Sicherung und Steigerung des Kapitalismus eingeleitet. Die preussische Regierung hat erklärt, daß im kommenden Jahre überhöchstens 30 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Das bedeutet bei dem Bedarf von einer Million Wohnungen die Bankrotterklärung. Das Ministerium bleibt obdachlos oder geht er in den ungeliebten Genossenschaften zugrunde, während die Arbeiter sich nach wie vor in den Elfenbeintürmen der Reichshauptstadt (Frankfurt) befinden. Die Mittel zum Wohnungsbau werden heute ausschließlich von der Arbeiterschaft ausgebracht. Sie werden zur Verbesserung bei der Arbeit angetrieben und zahlen mit dem größten Teil der Einkommensteuer aus das Geld, von dem Reich und Staaten Zuschüsse gemäktern. Trotz alledem will die Sozialdemokratie den Mietern noch immer höhere Sätze an Miete, Zinssätzen und Wohnungsbaubausgabe ausgeben. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft auf dem Bankrott und Grundstücksmarkt den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln zur Unmöglichkeit macht. Sie wagt es nicht in Reich, Staat und Gemeinden auf solche Heranziehung der Behelnden zur Steuerleistung durch Erlangung der Schwere zu bringen. Wenn die Arbeiter in den bescheidenen Wohnungen wäuben, die Steuern müßten nach der rechtlichen Verhältnisse zu zahlen, dann würde ohne weiteres der jährliche Betrag dessen aufkommen, was heute für den Wohnungsbau nötig ist. (Sehr richtig! links.) Die Siedlungsunternehmungen schaffen meist nur neue proletarische Elfenbeintürme oder begünstigten Kapitalismus, Marinestützpunkte und ähnliches monarchistisches Wohnvergnügen. Das hat schon ein alter Bericht des Reichsministeriums zu sehen müssen. Den Bauproduktionen gesellschaftlichen Aufgaben wird wohlwollend gegenüber. Es würde aber verfehlt sein,

und Coerling? Wird er heute im preussischen Landtag alle Wände und Fußböden aufbrechen und die Unterbrückung der Jagd mit Energie weiterführen? Wird er über die Rolle Seerdt sprechen? Er wird es nicht tun. Von Kardoff der Stadtkonferenz aus der Fraktion der Simmespartei im Landtag, der bereits Coerling und dem Reichsausschuß des Landtages im Landtag die Förderung der wahren und vollen Absichten der Kontroverenz zu unterstützen. Der Selbstvertrauen hat bereits pariert. Die Kommunisten werden mundtot gemacht. Coerling wird verschwiegen, was er noch verschweigen und verweigern kann. Unter Genosse Ceterlein darf nur dreizehntel Stunde reden, während Coerling und der Redner der SPD unbeschränkte Redezeit haben: Die SPD spielt das Spiel von Rolenberg und der falschlichen Reaktion.

Das zweite Mittel ist die Ausrede und Abkündigung über den kommunistischen Antrag zu verhindern, der den Arbeitern klar legt, was in dieser Stunde der Gefahr blüht eines sozialdemokratischen Ministeriums. Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt:

Das Staatsministerium wird beauftragt,

1. alle bürgerlichen Kampf- und Selbstschutzorganisationen sofort aufzulösen, ihre Waffen zu beschlagnahmen und die Weller in Haft zu nehmen;
2. die protestatischen Abwehrformationen tatkräftig zu fördern, ihnen insbesondere Waffen und Staatsmittel zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD nicht zur Verhandlung in der Interpellationsdebatte zugelassen worden! Ordnung zu schaffen, die Gefahr für die Arbeiter abzumehren, das ist heute allein in die Hand der breiten Massen selbst gelegt. Mit Gewalt gegen Gewalt wird sich die Arbeiterklasse der Schürer des Bürgerkriegs erwehren! So sieht es heute, wo der Faschismus, zum Bürgerkrieg rüft, selbst im „Bormärts“ zu sehen. Dennoch: mit Gewalt gegen Gewalt. Aber die Faschisten, die Coerling sich über den Kopf wachsen ließ, die vor dem Beschlagen stehen, werden nicht niedergehen mit Worten im Stempel „Bormärts“, sondern mit Arbeiteresäufen auf der Straße.

## Die Anklage gegen Genossen Höllein

Auf Grund des bei ihm vorgefundenen Leses seiner Pariser Rede wird der Genosse Höllein der „Anleitung eines Verbrechens gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates“ angeklagt. Von der Polizei und Johann zum Unterleuchungsrichter wurde er bereits einem ersten Verhör unterzogen.

Die „Humanität“ verurteilt ihm ihre Hingebungsvolle Empathie und schreibt zu der Verhaftung: „Es muß festgestellt werden, daß noch nie eine derart starke Verbindung und Wille zur gemeinsamen Aktion zwischen dem deutschen und französischen Proletariat bestanden wie in diesen schicksalhaften Tagen. Im Januar nahmen unter Genossen von der KPD und der CGPD, darunter die in der Beschlussempfehlung des Politbüros der KPD aufgeführte Genossen, die auf alle erdenkliche Weise, die Arbeiterklasse der Welt zu vereinen und die Arbeiterklasse der Welt zu vereinen und die Arbeiterklasse der Welt zu vereinen.“

Die „Humanität“ verurteilt ihm ihre Hingebungsvolle Empathie und schreibt zu der Verhaftung: „Es muß festgestellt werden, daß noch nie eine derart starke Verbindung und Wille zur gemeinsamen Aktion zwischen dem deutschen und französischen Proletariat bestanden wie in diesen schicksalhaften Tagen. Im Januar nahmen unter Genossen von der KPD und der CGPD, darunter die in der Beschlussempfehlung des Politbüros der KPD aufgeführte Genossen, die auf alle erdenkliche Weise, die Arbeiterklasse der Welt zu vereinen und die Arbeiterklasse der Welt zu vereinen und die Arbeiterklasse der Welt zu vereinen.“

## Der Kampf um die Schule

Einige Debatte von abgerundeter Heudelei entpinnen sich am Donnerstag im Reichstag bei Gelegenheit einer Zentrumsinferenz, der sich besonders auch noch die Delegationen anschließen, wegen angeblicher Gefährdung der religiösen Freiheit in Schulen, Lehrlingen und Braunkohlen. Der Zentrumsvorsitzende W. A. und der Reichstagspräsident Dr. Brüning begründen die Interpellation über die Schulen mit dem Hinweis auf das „Marxismus“ der Gelehrten, regten sich gewaltig darüber auf, daß die Lehrer und Schüler in Schulen, Lehrlingen und Braunkohlen den Unterricht an nur fälschlichen Lehrlingen nicht mehr lehren dürfen und verdrängen hinter ihren überhöchsten Worten der Schulen, gegen Freiheit und gegen alles was dem Sozialismus aus nur entfernt ähnlich steht. Als dieses noch dem Reichsminister Oeder der fälschliche Kultusminister Kleinert besonders stark betonte und damit schloß, daß die Kirche in der Schule heute nicht mehr zu sehen habe, wurden ihm von der rechten Seite des Palais und vom Zentrum andauernd Wutrufe an den Kopf gemorren, was nebenbei auch eine hübsche Illustration der Einheitsfront bedeutet.

Heruntergehoben sei nur eine von Tolleranz triefende Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Schaefer, die ein so hartes Entgegenkommen nach rechts bemies, daß der nachfolgende deutsch-sozialistische Redner Coerling den Weg schiedlich anstelle fälschlichen als fälschlichen Kultusminister zumachte. Für die kommunistische Fraktion kennzeichnete Genosse Höllein in aller Kürze das heuchlerische, pfälschliche, demagogische Theater der bürgerlichen Parteien von rechts bis zu den Demokraten über das im „Wartburgland“ befindliche fälschliche Glaubensbekenntnis. Es ist geradezu allergerade, mit anderen zu wählen, wie man dem Volk die Religion erheben will, während draußen die Massen an der bürgerlichen Politik der beherrschenden Klasse zugrunde gehen. Bei der ganzen Interpellation handelte es sich im Grunde nur um einen verkappten Versuch zum Reichsschulgesetz, um es noch rechtlicher zu gestalten. Es zeigen sich jetzt die Folgen des in Weimar geschlossenen Kompromisses der Sozialdemokratie mit den Dünkelmännern. Dennoch aber werden mit heute eine liebverwahrte Politik der Sozialdemokraten in Sachsen in allen Schulfragen unterliegen.

Der Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion: Am Hinblick darauf, daß durch die Novelle zum Reichsvereinsgesetz eine wesentliche Erhöhung der Rentenbesätze der Kriegsveteranenpläne in Aussicht steht und die Regierung sich bereit erklärt hat, unter Ausschluß aller bisherigen, deren Erbvermehrung 20 Prozent beträgt — zum 1. April 1923 bereits vorläufige hierzu zu stellen, die Regierung zu ersuchen, die Rentenbesätze auch dieser Gruppe im gleichen Verhältnis zu den Rentenbesätzen der übrigen Kriegsveteranenpläne zu erhöhen.

An die zweite Hälfte der morgigen Tagesordnung zu legen, wurde von der reaktionären Mehrheit in Aussicht gestellt, daß die Sozialdemokratie gefälligst unter herbeizitierten fälschlichen Entschuldigungen der auf der Tribüne anwesenden Kriegsveteranen abgelehnt.

Ein anderer Antrag von unserer Seite, die Beratung der Ar-

## Wohnungsbau-Pleite

Die Sozialdemokraten für weitere Erhöhung der Wohnungsbauabgabe! (Eigener Bericht)

Der Preussische Landtag führte am Donnerstag den zweiten Teil der Debatte zum Wohnungsbau zu Ende mit der Besprechung des Antrags von Genosse Kilia. Die Reichsregierung hat sich nach dem Vorschlag der Sozialdemokraten, einige Landen aber bereits Weibchen wegen der fortgesetzten Steigerung der Wohnungsbauabgabe. Die Sozialdemokraten dagegen prieten gerade die niederrichtige, brutale aller Steuern auf die Bedürfnisse der breiten Volksmassen als das Ideal der Mittelbeschaffung für die Fortführung des Wohnungsbaus. (Ionen können die Sage gut nicht hoch genug beschließen werden.)

Die demokratischen Staaten sind unfähig zur Ueberwindung der Krisisslagen. Der ganze Wiederbau ist auf die Sicherung und Steigerung des Kapitalismus eingeleitet. Die preussische Regierung hat erklärt, daß im kommenden Jahre überhöchstens 30 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Das bedeutet bei dem Bedarf von einer Million Wohnungen die Bankrotterklärung. Das Ministerium bleibt obdachlos oder geht er in den ungeliebten Genossenschaften zugrunde, während die Arbeiter sich nach wie vor in den Elfenbeintürmen der Reichshauptstadt (Frankfurt) befinden. Die Mittel zum Wohnungsbau werden heute ausschließlich von der Arbeiterschaft ausgebracht. Sie werden zur Verbesserung bei der Arbeit angetrieben und zahlen mit dem größten Teil der Einkommensteuer aus das Geld, von dem Reich und Staaten Zuschüsse gemäktern. Trotz alledem will die Sozialdemokratie den Mietern noch immer höhere Sätze an Miete, Zinssätzen und Wohnungsbaubausgabe ausgeben. Sie sieht nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft auf dem Bankrott und Grundstücksmarkt den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln zur Unmöglichkeit macht. Sie wagt es nicht in Reich, Staat und Gemeinden auf solche Heranziehung der Behelnden zur Steuerleistung durch Erlangung der Schwere zu bringen. Wenn die Arbeiter in den bescheidenen Wohnungen wäuben, die Steuern müßten nach der rechtlichen Verhältnisse zu zahlen, dann würde ohne weiteres der jährliche Betrag dessen aufkommen, was heute für den Wohnungsbau nötig ist. (Sehr richtig! links.) Die Siedlungsunternehmungen schaffen meist nur neue proletarische Elfenbeintürme oder begünstigten Kapitalismus, Marinestützpunkte und ähnliches monarchistisches Wohnvergnügen. Das hat schon ein alter Bericht des Reichsministeriums zu sehen müssen. Den Bauproduktionen gesellschaftlichen Aufgaben wird wohlwollend gegenüber. Es würde aber verfehlt sein,

## Ausland

### Die tschechischen Bergleute verraten

Reichstag, 22. März. Der Generalkreist der Bergarbeiter der Iphoschowitz wurde durch den Verrat der reformistischen Bergarbeiterführer verraten. Der Streik in Mählschitz-Orfan ist zum kommenden Dienstag an abgebrochen worden. Es findet kein Generalkreist statt. Die Arbeiter haben eine vollkommene Arbeitseinstellung. Das Parlament wird die Arbeitseinstellung am Samstag regeln, selbstverständlich gegen die Arbeiter.

In der letzten Reichstagskonferenz beschloßen die Bergleute des Iphoschowitz, daß die Bergarbeiter in Mählschitz-Orfan, in diesem Sinne zu entscheiden. Wie die obige Meldung unleser Berichterstatters zeigt, haben die Reformisten die kämpfenden Arbeiter, (schließlich im Stich gelassen.







